

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(19. - öffentliche - Sitzung am 7. November 2018)

**Beratungsthemen:**

1. a) **Frauenrechte stärken - Gesundheit schützen - § 219 a Strafgesetzbuch streichen!**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/27](#)
- b) **§ 219 a StGB abschaffen! - Informationsrecht ist ein Menschenrecht!**  
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/31](#)
- c) **Informationsverbot abschaffen - § 219 a StGB streichen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1785](#)

Die CDU-Fraktion teilte mit, dass sie am 27. November 2018 eine Anhörung zu dem Thema durchführen werde, und beantragte, die Beratung bis nach der Anhörung zu vertagen. Diesem Antrag stimmte der Ausschuss gegen die Stimmen der Fraktionen der Grünen und der FDP bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion der AfD zu.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes und zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/483](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, FDP  
*Ablehnung:* AfD  
*Enthaltung:* GRÜNE

3. **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2019**  
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1537](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu Artikel 2 des Gesetzentwurfs entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes in seiner Sitzung am 28. November 2018 abzuschließen.

4. **Rechte der Nebenklage stärken - Niedersächsische Gnadenordnung anpassen**  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/351](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Die Fraktionen von SPD und CDU kündigten an, einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag vorzulegen. Daraufhin kam der Ausschuss überein, die Beratungen zu dem Antrag in seiner Sitzung am 9. Januar 2018 fortzusetzen und gegebenenfalls abzuschließen, um das Januar-Plenum zu erreichen.

5. **Konsequenzen aus Fall Shahroudi ziehen - Visapraaxis verbessern - Völkerstrafgesetzbuch und Strafprozessordnung anpassen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/967](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

6. **Sexuellen Missbrauch von Kindern effektiv bekämpfen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1533](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen.

7. **Digitalen Bürgerservice der niedersächsischen Justiz verbessern - Anträge, Ausfüllhilfen und Merkblätter an zentraler Stelle in Niedersachsen bereitstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1534](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er schloss die Beratung ab und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD*

*Ablehnung: -*

*Enthaltung: -*